

## **Renaissance der Industriepolitik in der EU**

### **Eine Herausforderung für die europäische Linke**

Die seit 2008 andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU hat die Bedeutung der Industrie in den Fokus politischer Debatten in der EU-Kommission und im Europäischen Parlament gerückt. Verbunden mit dieser Debatte ist eine Relativierung der in den Jahren vor der Krise sehr einseitigen Ausrichtung auf Dienstleistungen und Finanzmärkte im Rahmen der EU-Wirtschaftspolitik.

Dieser Beitrag skizziert zunächst den Ansatz der Europäischen Kommission und den des Europäischen Parlaments zur gegenwärtigen industriepolitischen Debatte. Der Schwerpunkt wird dabei auf die von der bisher üblichen neoliberalen Wirtschaftspolitik der EU abweichenden Akzente gelegt. Da die Texte der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments in der Regel keinen großen Bekanntheitsgrad haben und auch nicht gerade zum Lesen einladen, werden diese abweichenden Akzente im folgenden etwas ausführlicher dargestellt. Anschließend folgt eine kritische Wertung der Texte und eine Skizzierung der zentralen Herausforderungen, die sich aus ihnen im Blick auf eine neue integrierte EU-Industriepolitik für die Linke in Europa ableiten.

#### **Der Ansatz der EU-Kommission**

Am 28. Oktober 2010 veröffentlichte die EU-Kommission die Mitteilung "Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung – Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit"<sup>1</sup>, in der sie dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen ihr Konzept einer neuen Industriepolitik vorgestellt hat. Dieses Dokument gilt als Startpunkt einer neuen integrierten EU-Industriepolitik.

Gleich im ersten Absatz der Mitteilung stellt die Kommission die Bedeutung der Industrie für die EU heraus:

*"Ein Viertel der Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft der Europäischen Union stellt das verarbeitende Gewerbe, und mindestens ein weiteres Viertel der Arbeitsplätze ist in den zugehörigen Dienstleistungen angesiedelt, die von der Industrie als Lieferant oder Kunde abhängen. Die Industrie führt 80 % aller privaten Forschung und Entwicklung durch. Sie ist eine Triebfeder für Innovation und liefert Lösungen für die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht."*<sup>2</sup>

Des Weiteren verweist die Kommission darauf, dass 75 % aller Ausfuhren der EU auf das verarbeitende Gewerbe entfallen.

Zumindest rhetorisch nimmt die Kommission damit Abschied von ihrer bisherigen einseitigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung auf (Finanz)Dienstleistungen. Sie gesteht zu, dass ein erheblicher Teil des Dienstleistungssektors von der Industrie abhängt, die Industrie also Voraussetzung für einen Teil des Dienstleistungssektors ist. Laut Kommission hängen im Ergebnis die Hälfte aller Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft direkt und indirekt von der

---

<sup>1</sup> KOM(2010) 614, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:52010DC0614>

<sup>2</sup> ebd., S. 3

Industrie ab.

Auf dieser Grundlage formuliert die EU-Kommission als Zielvorgabe ihres neuen industriepolitischen Ansatzes:

*"In dieser Mitteilung wird ein strategischer Rahmen für eine neue, integrierte Industriepolitik vorgestellt, die die wirtschaftliche Erholung und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern wird, indem sie für eine florierende industrielle Basis von Weltrang in der EU sorgt."*<sup>3</sup>

Zugleich sollen mit diesem neuen Ansatz, so heißt es ein paar Absätze später, "Arbeitsplätze geschaffen und der Übergang zu einer kohlenstoffarmen und ressourceneffizienten Wirtschaft ermöglicht werden".<sup>4</sup>

Im Mittelpunkt des Kommissionsansatzes steht der Begriff "integrierte Industriepolitik". Gemeint ist damit eine systematische Verknüpfung der für eine wirksame Industriepolitik relevanten Politikbereiche. Aus Sicht der Kommission betrifft das die Bereiche, in denen es um die folgenden Themen geht: Wettbewerbsfähigkeit, intelligente Regulierung, Zugang zu Finanzierungsmitteln, Infrastruktur, Forschung und Entwicklung, Qualifizierung von Beschäftigten, Modernisierung der Industrie, Normierung und Rechte an geistigem Eigentum, Stärkung des EU-Binnenmarkts und des Exports, Handelspolitik, Sicherung des Rohstoffzugangs, Ressourcen-, Energie- und Kohlenstoffeffizienz, Abbau struktureller Überkapazitäten und soziale Verantwortung der Unternehmen.

Diese Politikbereiche sollen an den Zielen der EU-2020-Strategie ausgerichtet werden. Mittels des seit 2011 praktizierten Verfahrens des Europäischen Semesters und der länderspezifischen Empfehlungen soll eine systematische Koordinierung der neuen EU-Industriepolitik zwischen der EU-Ebene, der nationalstaatlichen und der regionalen Ebene erzielt werden.

Primäres Ziel der Kommission ist – ganz in der Linie mit der bisherigen EU-Politik – die Stärkung im Wettbewerb. Nach wie vor strebt die EU das Ziel an, der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum im globalen Wettbewerb zu werden bzw. zu bleiben.

Auf den EU-Binnenmarkt bezogen sind allerdings einige Akzentverschiebungen zu beobachten.

Als zentrales Problem vieler insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) betrachtet die Kommission den Zugang zu Finanzierungsmitteln. Um Unternehmen den Zugang zu Finanzierungen zu erleichtern, fordert die Kommission daher, dass die Finanzmärkte stabiler und effizienter werden und Anreize erhalten müssen, "um die Realwirtschaft und Investitionen zu finanzieren, anstatt sich auf Spekulationen auf den Finanzmärkten einzulassen".<sup>5</sup> Damit verknüpft ist eine Verschiebung weg vom klassischen Bankkredit hin zu Unternehmensfinanzierungen durch die Kapitalmärkte, wie z.B. durch Kapitalbeteiligungen oder Projektanleihen.

Darüber hinaus sollen allerdings auch die EU-Förderprogramme besser auf industriepolitische Ziele ausgerichtet werden. Dazu gehören einerseits eine verstärkte Förderung von Innovationen insbesondere im Bereich von umweltverträglichen Produktionsverfahren und Produkten und der Erzeugung von Energie aus kohlenstoffarmen Energieträgern, und andererseits eine Vereinfachung der Zugangsverfahren zu den Förderprogrammen vor allem für KMU.

---

<sup>3</sup> KOM(2010) 614: S. 3

<sup>4</sup> ebd., S. 4

<sup>5</sup> ebd., S. 8

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Forderung nach einer so genannten intelligenten Regulierung. Gemeint ist damit eine vorlaufende und nachträgliche Folgenabschätzung aller Rechtsvorschriften hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft, mit besonderem Blick auf KMU.

Weitere Elemente stabiler rechtlicher Rahmenbedingungen für eine neue Wirtschaftspolitik sind aus Sicht der Kommission klare Regeln zum Schutz des Rechts am geistigen Eigentum (Intellectual Property Rights - IPR) einschließlich einer EU-Patentregelung, die Durchsetzung von klar definierten Normen insbesondere in neuen Technologien, die Bekämpfung von unlauterem Wettbewerb sowie die Unterbindung von Produktpiraterie. Im Interesse vor allem von KMU drängt die Kommission auf eine weitgehende Harmonisierung der entsprechenden Rechtsvorschriften im EU-Binnenmarkt unter Einbeziehung der relevanten Steuergesetzgebung.

Der EU-Kohäsionsfonds sowie der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sollen verstärkt für den Ausbau der "Infrastrukturdienstleistungen für Energie, Verkehr und Kommunikation" genutzt werden. Der Schwerpunkt liegt insbesondere auf dem Ausbau moderner Hochgeschwindigkeitsdatenleitungen innerhalb des gesamten Binnenmarktes ("Digitale Agenda"). Damit soll der rasant zunehmenden Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) für die industrielle Produktion Rechnung getragen werden.

Im Zentrum der "industrielle(n) Innovation" und der industriellen Modernisierung stehen zum einen Grundlagentechnologien (industrielle Biotechnologie, Nanotechnologie, neue Werkstoffe, Photonik, Mikro- und Nanoelektronik, fortgeschrittene Fertigungssysteme) und zum anderen eine effizientere Ressourcennutzung sowie eine umweltfreundliche Energieproduktion und -nutzung.

Aus technologischen und aus arbeitsmarktpolitischen Gründen will die Kommission zudem die Wertschöpfungsketten stärker in den Blick nehmen und einen Teil der außerhalb der EU liegenden Glieder der Wertschöpfungsketten wieder zurück in den EU-Binnenmarkt holen. Damit soll der Binnenmarkt gestärkt werden – durchaus auch im Sinne einer Stärkung der Binnenkaufkraft. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass die Kommission zumindest an einer Stelle ihrer Mitteilung im Blick auf den Binnenmarkt nicht mehr nur von einer hoch wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft spricht, sondern von einer "in hohem Maße wettbewerbsfähige(n) soziale(n) Marktwirtschaft".<sup>6</sup>

Bemerkenswert ist weiters, dass die Kommission der öffentlichen Hand eine wichtige Rolle als Nachfragerin und Investorin vor allem bei innovativen Umwelttechnologien zuspricht.<sup>7</sup>

In einigen Industriebereichen sieht die Kommission Überkapazitäten. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Leitlinien über Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen sowie auf den EFRE, den Kohäsionsfonds und den europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF). Mit den genannten Fonds können sowohl Innovationen, die zum Erhalt von Unternehmen beitragen, finanziert werden, als auch sozial begleitende Maßnahmen für die betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, z.B. Umschulungen und Weiterbildungsmaßnahmen.

Zugleich vertritt die Kommission aber die dezidiert neoliberale Ansicht, "dass eine vom Wettbewerb getragene Strukturanpassung am schnellsten und effizientesten verläuft".<sup>8</sup>

Als wesentliches Element einer Strategie zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und zur

---

<sup>6</sup> KOM(2010) 614: S. 10

<sup>7</sup> ebd., S. 12, 25f u.a.

<sup>8</sup> ebd., S. 26

Sicherung bestehender Arbeitsplätze benennt die Kommission die Bildungs- und Ausbildungspolitik und eine gute Qualifikation der Beschäftigten. Sie fordert daher eine engere Abstimmung zwischen den verschiedenen politischen Handlungsebenen als bisher, die Einbeziehung der Sozialpartner sowie eine Stärkung des EU-Sozialfonds, um in diesen Punkten zu besseren Ergebnissen zu kommen.<sup>9</sup>

Bemerkenswert sind die Passagen zur sozialen Verantwortung der Unternehmen. So fordert die Kommission die Unternehmen auf, "sich ihres Beitrags zu nachhaltigem Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bewusst zu werden und den Interessen der von Unternehmensentscheidungen betroffenen Arbeitnehmer und Bürger Rechnung zu tragen".<sup>10</sup> Im Sinne dieser Forderung hat die Kommission eine politische Initiative zur sozialen Verantwortung von Unternehmen angekündigt, in der "auf neue Fragen wie Wirtschaft und Menschenrecht sowie die Offenlegung von Informationen durch Unternehmen über Umwelt-, Sozial- und Verwaltungspraktiken sowie über Beschäftigung und Unternehmensführung eingegangen" werden soll.<sup>11</sup>

Da die EU über relativ wenige Rohstoffe verfügt, wendet sich die Kommission auch diesem Thema zu. Zum einen geht es um die so genannten Sekundärrohstoffe, also recycelte Materialien. Diesen Ansatz will die Kommission gezielter fördern. Zum anderen zielt sie auf einen sicheren Zugang zu primären Rohstoffen. Dies ist einer der kritischen Punkte der neuen EU-Industriepolitik. Denn dazu will die Kommission auf globaler Ebene Rechtsvorschriften durchsetzen, die der EU einen dauerhaften Zugang zu Rohstoffen sichern. Im Falle einer Zugangsgefährdung durch Marktkonzentrationen oder wettbewerbswidrige Vereinbarungen hält die Kommission "eine uneingeschränkte Anwendung der bestehenden EU-Wettbewerbsregeln" für unumgänglich.<sup>12</sup>

Dieser aggressiven Rohstoff-Politik entspricht die Handelspolitik der Kommission. Die Überschrift zu diesem Kapitel in der Mitteilung der Kommission steht für den neoliberalen Charakter der EU-Außenhandelspolitik: "Größtmöglichen Nutzen aus der Globalisierung ziehen".<sup>13</sup> Statt auf Kooperation und Sicherheitspartnerschaften sowie auf einen fairen Handel zu setzen, geht es der Kommission um die Ausweitung und Erschließung von Absatzmärkten. Dies dürfte einer der kritischsten Punkte dieser Mitteilung sein. Zu diesem Thema hat die EU-Kommission am 2. Februar 2011 eine gesonderte Mitteilung herausgegeben: Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze. (KOM(2011) 25) Aus Platzgründen kann an dieser Stelle nicht tiefer darauf eingegangen werden.

Im Blick auf den EU-Binnenmarkt liegt diese Mitteilung keineswegs mehr auf der alten Kommissionslinie eines bedingungslosen Wettbewerbs. Begriffe wie soziale Marktwirtschaft, soziale Verantwortung von Unternehmen, die Einforderung der Beteiligung von Sozialpartnern, Verbrauchern und Bürgern sowie der Verweis auf die Bedeutung des öffentlichen Beschaffungswesens, setzen durchaus neue Akzente.

Mit ihrer Mitteilung vom 10. Oktober 2012 "Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung – Aktualisierung der Mitteilung zur Industriepolitik" hat die Kommission den zuvor skizzierten Ansatz fortgeschrieben. In diesem Text formuliert

---

<sup>9</sup> ebd., S. 18f

<sup>10</sup> ebd., S. 27f

<sup>11</sup> ebd., S. 28

<sup>12</sup> ebd., S. 23

<sup>13</sup> ebd., S. 19

die Kommission ihr Ziel, den aktuellen Anteil der Industrie von 16 % bis 2020 auf 20 % zu erhöhen. Zu diesem Zeitpunkt lag laut Kommission die Produktion in der EU 10 % unter dem Niveau vor der Krise, was zu einem Verlust von über 3 Millionen Arbeitsplätzen geführt hat.<sup>14</sup>

In diesem Papier benennt die Kommission vier Säulen ihrer Industriepolitik: Die Schaffung von investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen, die Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarktes, ein verbesserter Zugang zu Kapital und Krediten sowie die Qualifikation von Mitarbeitern.<sup>15</sup> Im Wesentlichen konkretisiert die Kommission in dieser Mitteilung die Industriebereiche, die sie fördern will und die Maßnahmen, mit denen sie die Rahmenbedingungen verbessern will.

Des Weiteren stellt die Kommission fest, dass sich die Arbeitsmärkte in Ländern mit einem ausgeprägten sozialen Dialog als krisenfester erwiesen haben und empfiehlt, den Dialog auf europäischer und nationaler Ebene konsistenter zu gestalten.<sup>16</sup>

Weiterhin drängt die Kommission darauf, der Segmentierung der Arbeitsmärkte Einhalt zu gebieten, die ausufernde Nutzung atypischer Arbeitsverträge und den Missbrauch in Form von Scheinselbstständigkeit zu beenden, sowie auf eine Qualitätsverbesserung von Berufspraktika einschließlich der Arbeitsbedingungen.<sup>17</sup>

### **Die Positionierungen des Europäischen Parlaments**

Das Europäische Parlament (EP) hat in drei Initiativberichten seine Position zu dem industriepolitischen Neuansatz der EU-Kommission formuliert:

- Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. März 2011<sup>18</sup>
- Bericht über kleine und mittlere Unternehmen (KMU): Wettbewerbsfähigkeit und Geschäftsmöglichkeiten vom 28. September 2012<sup>19</sup>
- Bericht über die Reindustrialisierung Europas zwecks der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit vom 6. Januar 2014<sup>20</sup>

Alle drei Berichte nehmen im Grundsatz den Ansatz der Kommission positiv auf, fügen aber auch eigenständige Elemente hinzu.

Der erstgenannte Bericht setzt deutliche sozialpolitische und ökologische Akzente. Schon zu

---

<sup>14</sup> KOM(2011) 25: S. 4

<sup>15</sup> ebd., S. 6f

<sup>16</sup> ebd., S. 30

<sup>17</sup> ebd., S. 30f)

<sup>18</sup> European Parliament: Resolution of 9 March 2011 on an Industrial Policy for the Globalised Era (2010/2095(INI)), <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0093+0+DOC+XML+V0//EN>>

<sup>19</sup> 2012/2042(INI) <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2012-0293+0+DOC+XML+V0//DE>>

<sup>20</sup> 2013/2006(INI) <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2013-0464+0+DOC+XML+V0//DE>>

Beginn benennt er die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft als Fundament einer integrierten Industriepolitik.<sup>21</sup> Das signifikanteste Element ist, dass er Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und menschenwürdige Arbeit zu einem gleichberechtigten Dreieck verbindet:

*"... in der Erwägung, dass die EU zur Überwindung der Auswirkungen der Krise und zur Bewältigung dieser Herausforderungen einen industriepolitischen Ansatz verfolgen muss, bei dem Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und menschenwürdige Arbeit miteinander verbunden werden und mit dem gleichzeitig die Wirtschaft angekurbelt, die Beschäftigung gefördert, die Umweltschäden verringert und die Lebensqualität verbessert wird, ..."*<sup>22</sup>

Mit dieser Formulierung erteilt das EP einem bedingungslosen Wettbewerb eine Absage. Dementsprechend verwendet dieser Text fast durchgehend den Begriff "fairer Wettbewerb". So fordert er im Blick auf den EU-Außenhandel "zukünftige multilaterale und bilaterale Handelsabkommen so zu gestalten, dass sie Teil einer industriepolitischen Strategie auf der Grundlage von fairem globalem Wettbewerb und Gegenseitigkeit seitens der Handelspartner Europas werden" und "dass soziale und ökologische Belange und diesbezügliche Normen in den Freihandelsabkommen berücksichtigt werden sollten, damit dem Prinzip der nachhaltigen Entwicklung Rechnung getragen wird".<sup>23</sup> Im Blick auf Firmenübernahmen fordert der Bericht, der EU Mittel an die Hand zu geben, damit sie sich Übernahmen widersetzen kann, "die sich in unternehmerischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht als abträglich für den sozialen Zusammenhalt und die Stabilität des Binnenmarktes erweisen könnten".<sup>24</sup>

Auf gleicher Linie liegen die Forderungen des Europäischen Parlaments, "die sozialen Ungleichheiten zu verringern" und "die Agenda der IAO für menschenwürdige Arbeit zu fördern"<sup>25</sup> sowie die Forderungen, "einen Rechtsrahmen für grenzüberschreitende Tarifverträge zu schaffen"<sup>26</sup> und "im Hinblick auf die Ziele der Europäischen Zentralbank" (EZB) der "Beschäftigung den gleichen Stellenwert" einzuräumen "wie der Bekämpfung der Inflation"<sup>27</sup>. Schließlich fordert der Bericht eine gerecht entlohnte Beschäftigung, eine gerechte Entlohnung von Praktikern sowie eine Bekämpfung von Sozialdumping<sup>28</sup>. Damit sind wichtige, strittige sozialpolitische Themen in dem Bericht benannt und das Parlament hat sich in diesen Punkten eindeutig positioniert.

Weitere bemerkenswerte Punkte sind die Forderung nach Eurobonds<sup>29</sup> sowie die Betonung der Rolle der öffentlichen Hand als Nachfragerin.<sup>30</sup>

---

<sup>21</sup> 2010/2095(INI), Abs. 1

<sup>22</sup> ebd., Erwägungsgrund B

<sup>23</sup> ebd., Abs. 112

<sup>24</sup> ebd., Abs. 105

<sup>25</sup> ebd., Abs. 99

<sup>26</sup> ebd., Abs. 122

<sup>27</sup> ebd., Abs. 7

<sup>28</sup> ebd., Abs. 134, 72, 77

<sup>29</sup> ebd., Abs. 31, 75

<sup>30</sup> ebd., Abs. 55-58

Der zweitgenannte Bericht zu den KMU unterstützt die Grundlinien des Kommissionsansatzes zu einer integrierten Industriepolitik. Sein Fokus liegt auf der wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen für eine EU-Industriepolitik. Vor allem fordert der Bericht eine größere Chancengleichheit im Verhältnis zu Großunternehmen ein. Konkret geht es um Bürokratieabbau, um einen erleichterten Zugang zu Krediten und EU-Fonds, um einen speziellen KMU-Test im Rahmen einer intelligenten Regulierung und um einen besseren Zugang bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Form einfacherer Vergabeverfahren, die auch von KMU handhabbar sind.

Erfreulich ist, dass der Bericht die Kommission auffordert, "spezielle Hinweise zu Genossenschaften in die vom Europäischen Investitionsfond verwalteten Finanzinstrumente aufzunehmen".<sup>31</sup>

Auch dieser Bericht unterstreicht, dass eine integrierte Industriepolitik "auf den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft basiert und den Übergang zu einer nachhaltigen, ressourceneffizienten und robusten Wirtschaft" fördern muss.<sup>32</sup> Dieser Sichtweise folgend verweist er auf das Potential, das KMU für die Schaffung von Arbeitsplätzen haben und somit zur Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung beitragen können.<sup>33</sup> In diesem Sinne fordert der Bericht "von der Kommission und den Mitgliedsstaaten, KMU dabei zu unterstützen, ein für Arbeitnehmer förderliches Arbeitsklima aufzubauen, die Standards des Arbeitsrechts und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes einzuhalten und so auch zu sozialem Wohlstand und zur Armutsbekämpfung beizutragen".<sup>34</sup> Selbstregulierungskräfte der Märkte stehen hier also nicht im Zentrum einer neuen EU-Industriepolitik.

Der dritte Bericht des Europäischen Parlaments aus der Legislaturperiode 2009 bis 2014 zur Industriepolitik unterstützt ebenfalls den Ansatz der EU-Kommission, legt seinen Schwerpunkt allerdings sowohl auf Nachhaltigkeit und ökologisches Wirtschaften als auch auf die "soziale Dimension" einer integrierten Industriepolitik. Auf letztere soll hier die Aufmerksamkeit konzentriert werden.

Zunächst nimmt er das Dreieck aus Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und menschenwürdiger Arbeit aus dem EP-Bericht "Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung" auf.<sup>35</sup>

Durchgehend betont der Bericht, dass eine Industriepolitik "neue Arbeitsplätze und menschenwürdige Arbeit" schaffen muss. Er kritisiert, dass die Kommission in ihrer Mitteilung nichts zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping sagt<sup>36</sup>, fordert eine angemessene Bezahlung für Praktika sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die Gleichstellung von Frauen in den Arbeitsbeziehungen.<sup>37</sup>

Wie keines der anderen Dokumente fordert dieser EP-Bericht Arbeitnehmerrechte ein. So betont er, "dass die Demokratisierung am Arbeitsplatz, einschließlich der aktiven Teilhabe

---

<sup>31</sup> 2012/2042(INI), Abs. 81

<sup>32</sup> ebd., Abs. 77

<sup>33</sup> ebd., Abs. 79

<sup>34</sup> ebd., Abs. 80

<sup>35</sup> 2013/2006(INI), Begründung I

<sup>36</sup> ebd., Abs. 25

<sup>37</sup> ebd., Abs. 112, 120ff

von Belegschaftsvertretern und Gewerkschaften, ausgeweitet werden muss" und ruft in Erinnerung, dass die Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern ein im EU-Vertrag verankertes Grundrecht ist.<sup>38</sup>

Weiterhin empfiehlt der Bericht der Kommission zu prüfen, inwieweit es mit dem EU-Wettbewerbsrecht vereinbar ist, "dass ein weltweit tätiges Unternehmen sich weigert, einen Standort, den es schließen möchte, einem anderen Unternehmen, das ihn möglicherweise aufkaufen will, oder einer öffentlichen Stelle zur vorübergehenden öffentlichen Nutzung zu überlassen".<sup>39</sup>

Des weiteren fordert der Bericht "die Kommission auf, die US-amerikanische Praxis zu untersuchen, wonach es Gewerkschaften ermöglicht wird, Handelsbeschwerden einzureichen, da Handelsverzerrungen sich auf die Industrie und folglich auf die Arbeitnehmer negativ auswirken können, und ersucht die Kommission, ähnliche Maßnahmen für die EU vorzuschlagen".<sup>40</sup>

Im Blick auf die von der Kommission vorgeschlagenen Clusterpolitik fordert der Bericht konkrete Vorschläge der Kommission ein und vor allem eine Einbeziehung strukturschwächerer Regionen in die Clusterpolitik.<sup>41</sup>

Generell fordert er eine stärkere Harmonisierung des Arbeits- und Sozialrechts, des Steuerrechts, um Steuerwettbewerb zu unterbinden, und eine klare Definition und Koordinierung der Industriepolitik zwischen den verschiedenen politischen Handlungsebenen in der EU, um Reibungsverluste aufgrund politischer Divergenzen zu vermeiden.

Schließlich zeichnet sich dieser Bericht gegenüber allen anderen hier skizzierten Dokumenten dadurch aus, dass aus seiner Sicht eine Industriepolitik gesellschaftlich eingebunden sein muss. So hebt der Bericht hervor, "dass RISE (Renaissance of Industry for a Sustainable Europe) eine Allianz aus und Partnerschaft mit Interessensgruppen aus unterschiedlichen Sektoren der Industrie (einschließlich der KMU), den Gewerkschaften, der akademischen Welt und der Zivilgesellschaft wie Verbraucherschützer und Nichtregierungsorganisationen benötigt" und er fordert darüber hinaus "die Kommission auf, politische Instrumente auf der Angebotsseite mit Instrumenten auf der Nachfrageseite durch die Gründung von Innovationspartnerschaften (wie etwa 'intelligente Städte', 'aktives Altern' und 'Rohstoffe') und die Entwicklung von 'Leitmärkten' miteinander zu verbinden, deren Ziel es ist, die Marktakzeptanz neuer Produkte und Dienstleistungen zu fördern, die den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen".<sup>42</sup>

## **Herausforderungen für Europas Linke**

Die Stärke aller hier skizzierten Dokumente liegt darin, dass sie unter dem vor allem sozialen Druck der europäischen Krise Positionen formulieren, die im Blick auf den EU-Binnenmarkt vom bisherigen neoliberalen Pfad der EU-Wirtschaftspolitik abweichen.

---

<sup>38</sup> ebd., Abs. 103

<sup>39</sup> ebd., Abs. 55; Dieser Vorschlag zeigt Schnittmengen mit Forderungen der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, die sie in einem Antrag an den deutschen Bundestag vom 20. April 2010 im Blick auf die Schließung von Opel-Standorten entwickelt hat. Vgl.: Deutscher Bundestag, Drucksache 17/1404 vom 20.04.2010.

<sup>40</sup> 2013/2006(INI), Abs. 78

<sup>41</sup> ebd., Abs. 34

<sup>42</sup> Auch diese Forderungen zeigen Schnittmengen mit Forderungen der Linksfraktion im Bundestag, auf die bereits in Anmerkung 39 Bezug genommen wurde, und mit Forderungen, die die Linksfraktion 2007 in einem Antrag an den deutschen Bundestag im Blick auf die Zukunft des deutschen Steinkohlenbergbaus (Ruhrbergbaus) formuliert hat. Vgl. dazu: Bundestagsdrucksache 16/6392 vom 19.09.2007.

Ihre Schwäche liegt darin, dass es sich hier nur um Mitteilungen der EU-Kommission und um Initiativberichte des Europäischen Parlaments handelt. Bei beiden Textsorten handelt es sich nicht um Gesetzestexte, sondern lediglich um Positionsbestimmungen. Es fehlt ihnen also an legislativer Verbindlichkeit.

Hinzukommt, dass die neue EU-Kommission mit Jean-Claude Juncker als Präsident, die 2014 ins Amt gekommen ist, eine Revision aller Politikbereiche mit dem Ziel durchführt, sich zukünftig im Sinne der Subsidiarität auf wesentliche Fragen zu konzentrieren. Es gibt Anzeichen, dass im Zuge dieser Revision sich die Industriepolitik der Kommission von der sozialen und ökologischen Dimension weitgehend verabschiedet und sich nur mehr auf die Frage der globalen Wettbewerbsfähigkeit reduziert – und damit auf den alten neoliberalen Pfad zurückkehrt. Das entspricht den Interessen der im EU-Rat vertretenen Regierungen der Mitgliedsländer, die sich im Laufe der Krise verstärkt auf ihre nationalen Interessenlagen und Egoismen konzentriert haben.

Dennoch hat die europäische Krise Risse im neoliberalen Politikgebäude hinterlassen – die unter Umständen durch die aktuelle Flüchtlingskrise verstärkt werden. Die Risse werden kaum zu kurzfristigen Verschiebungen im politischen Machtgefüge führen. Aber es ist sicher politisch klug, angesichts der Entwicklungen in Griechenland und Spanien und möglicherweise auch in Portugal, die Risse ernst zu nehmen und an ihnen zu arbeiten.

Politische Machtverhältnisse lassen sich generell – wenn sie nicht durch revolutionäre Eruptionen umgewälzt werden, und das ist gegenwärtig in der EU kaum zu erwarten – nur mittel- bis langfristig verschieben. Das erfordert die Entwicklung längerfristiger Strategien. Die Industriepolitik ist ein so zentraler politischer Punkt, dass sie sich gut dazu eignet, entsprechende Strategien zu entwickeln.

Zunächst ist es sinnvoll, Forderungen, die Nähen zu und Schnittmengen mit linken Forderungen aufweisen, genauer zu analysieren, gegebenenfalls zu präzisieren und dann aktiv zu unterstützen. Es ist dringend nötig, einen starken politischen Druck aufzubauen, damit Kommission und Parlamentsmehrheit nicht vollständig in die alten neoliberalen Pfade zurückfallen, sondern dass die oben herausgestellten sozialen und ökologischen Dimensionen feste Bestandteile einer neuen integrierten EU-Industriepolitik werden und dass die sozialen und ökologischen Dimensionen auch in die entsprechenden EU-Gesetzestexte Eingang finden, einschließlich der oben vom EP geforderten Veränderung der Ziele der EZB.

In einem weiteren Schritt ist es wichtig, auf die offensichtlichen Defizite der zuvor skizzierten Kommissions- und Parlamentstexte einzugehen und auf deren Korrektur zu drängen.

Alle oben skizzierten Kommissions- und Parlamentstexte betonen die Wichtigkeit einer intelligenten Regulierung für eine integrierte Industriepolitik. Intelligente Regulierung könnte ein sinnvoller Ansatz werden, wenn die mit ihr verbundene Folgenabschätzung konsequenterweise auch auf die sozialen und ökologischen Dimensionen angewendet würde, wenn also auch die Auswirkungen aller Rechtsvorschriften auf Beschäftigung, Qualität der Arbeit, soziale Sicherung und nachhaltiges Wirtschaften und nicht nur die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit untersucht würden. Bleibt es ausschließlich bei der Folgenabschätzung im Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit, führt die intelligente Regulierung zu einer wirtschaftskonformen Deformation der Demokratie, wirkt also Demokratie zerstörend. Deshalb ist es nötig, eine entsprechende Ausweitung der Folgenabschätzung durchzusetzen.

Ein problematischer Punkt jeder Industriepolitik ist die Sicherheits- und Rüstungsindustrie. Die Kommissionstexte gehen darauf auch ein. In diesem Punkt ist in Kooperation mit den Gewerkschaften auf eine Umwandlung (Konversion) der Rüstungsproduktion in nichtmilitärische Produktion zu drängen.

Der Bereich der so genannten Industrie 4.0 wird zwar angesprochen. Die Bedeutung dessen, was damit gemeint ist, und welche Auswirkungen sie auf Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen, und auf die Struktur und Organisation der industriellen Produktion hat, wird völlig vernachlässigt. Dabei geht es hier nicht mehr um "Zukunftsmusik". Das Unternehmen Airbus will ab Mitte 2016 mit 3-D-Druckern die Serienproduktion von Bau- und Ersatzteilen aus Edelstahl und Aluminium aufnehmen – 10 % dieser Teile will Airbus künftig selbst herstellen.<sup>43</sup> Es ist also dringend geboten, sich als Linke gemeinsam mit Gewerkschaften und Wissenschaft über diese Entwicklung aus industriepolitischer Sicht auseinanderzusetzen und politische Handlungsoptionen und Forderungen zu entwickeln, um sie einer demokratischen Gestaltung und Kontrolle unterziehen zu können.

Gerade angesichts dieser technologischen Entwicklungen ist es bemerkenswert und schwer nachvollziehbar, dass das Thema Arbeitszeitverkürzung als Instrument zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit in keinem der Berichte eine Rolle spielt – sondern lediglich von flexibleren Arbeitszeiten ist die Rede.

Weitgehend unberücksichtigt bleiben in den oben skizzierten Dokumenten (nur der EP-Bericht 2013/2006(INI) ist davon etwas auszunehmen) die äußerst unterschiedlichen Ausgangslagen in den EU-Mitgliedsländern.

Auf der einen Seite gibt es starke Industriegesellschaften, wie Deutschland, das ca. 30 % der gesamten industriellen und gewerblichen Produktion innerhalb der EU erzeugt, gefolgt von Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien, die zusammen 40 % erzeugen. Auf der anderen Seite stehen die restlichen 23 Mitgliedsländer, die zusammen auf den gleichen Anteil wie Deutschland kommen.

Unter diesen 23 Mitgliedsländern sind Länder, die so gut wie keine industrielle Basis (mehr) haben, wie beispielsweise Griechenland, Malta, Portugal und Zypern. Hier geht es um die sehr grundsätzliche Frage, wie eine industrielle Basis überhaupt wieder aufgebaut bzw. was in diesen Ländern überhaupt produziert werden kann.

In einigen mittel- und osteuropäischen Ländern<sup>44</sup> gibt es wiederum noch einen Industriesektor, der zwar gegenüber der Situation vor 1989 massiv geschrumpft ist, der aber immer noch deutlich über dem von der EU anvisierten Anteil von 20% am BIP liegt. In diesen Ländern stellt sich die Frage, wie der Anteil gehalten werden kann, vor allem aber, wie die sozialen und Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte auf westeuropäische Standards angehoben werden können und wie Korruption und oligarchische Unternehmensstrukturen überwunden werden können.

Eine Industriepolitik, die nur aus der Brüsseler Perspektive gemacht wird, kann diesen Unterschieden nicht gerecht werden. Für eine erfolgreiche Industriepolitik ist es deshalb nötig, dass sie auch auf regionaler Ebene verankert ist und dass die regionalen Problemlagen in Brüssel berücksichtigt werden. Aus linker Sicht geht es dabei selbstverständlich nicht nur um die Interessen der regionalen Unternehmen, sondern auch um die Interessen der vor Ort leben Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Es geht dabei nicht um nationale Egoismen, wie sie viel zu oft von den im EU-Rat vertretenen Regierungen der Mitgliedsländer, die sich gerne zu Lobbyisten ihrer nationalen Wirtschaft machen lassen, vertreten werden, sondern um regionale Realitäten, denen Rechnung zu tragen ist. Hier kann die Linke einen eigenständigen und nötigen – weil im Regelfall vernachlässigten – Zugang zu einer neuen integrierten EU-Industriepolitik entwickeln.

---

43 Vgl. "Flugzeugteile aus dem Drucker" in der Online-Ausgabe der Luxemburger Tageszeitung *Tageblatt* vom 14.08.2015, <<http://www.tageblatt.lu/wissen/story/Flugzeugteile-aus-dem-Drucker-24710626>>

44 Die Rosa Luxemburg Stiftung hat Anfang 2015 eine Reihe von Länderstudien erarbeiten lassen, denen diese Informationen entnommen sind. Diese bisher unveröffentlichten Studien waren Grundlage des von transform! und der RLS am 27./28. April 2015 in Brüssel durchgeführten industriepolitischen Workshops.

Mit dem zuvor benannten Problemfeld ist die Frage der Finanzierung einer neuen Industriepolitik verbunden, insbesondere für die Länder, die kaum noch über eine industrielle Basis und selbst nicht über ausreichende finanzielle Mittel für den Aufbau einer industriellen Produktion verfügen. Die obigen Dokumente sprechen dieses Problem zwar an, thematisieren aber im Wesentlichen neue Zugangsmöglichkeiten zu privatem Kapital und setzen angesichts der hohen Verschuldungsraten öffentlicher Haushalte verstärkt auf öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP). Die Frage nach einer Stärkung der öffentlichen Investitionen bleibt stark unterentwickelt.

Da die Verschuldungsrate der öffentlichen Haushalte vor allem deshalb seit Beginn der Krise angestiegen ist, weil aus ihnen die Bankenrettung finanziert wurde, ist es dringend nötig, den Druck zu erhöhen, um die seit 2010 vom Europäischen Parlament eingeforderte Finanztransaktionssteuer doch noch durchzusetzen. Das ist ein aus politischen Gründen notwendiger Beitrag der aus öffentlichen Mitteln geretteten Banken, um die öffentlichen Haushalte in die Lage zu versetzen, ihre Investitionen zu erhöhen.

Es ist zwar sinnvoll, privates Kapital in die Realwirtschaft zu lenken, wie die EU-Kommission es beabsichtigt. Die öffentliche Hand hat aber nur einen begrenzten Einfluss auf das Investitionsverhalten privater Investoren. Deshalb sind für die Realisierung einer neuen Industriepolitik auch ausreichende Mittel der öffentlichen Hand nötig. Sonst drohen die strukturschwachen Regionen der EU leer auszugehen bei dem Projekt einer neuen Industriepolitik.

Eine wesentliche Finanzquelle für eine neue Industriepolitik ist der Europäische Fond für strategische Investitionen (EFSI), auch Juncker-Plan genannt. Er hat 2015 seine Arbeit aufgenommen und soll nach dem ausdrücklichen Willen der EU-Kommission privates Kapital – bevorzugt das anlagesuchende Kapital von Versicherungsgesellschaften, die ihr Kapital bisher eher spekulativ eingesetzt haben – in die Realwirtschaft umlenken.

Yanis Varoufakis, Stuart Holland und James K. Galbraith haben in ihrem Band „Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise“ (München, 2015) einen interessanten Vorschlag gemacht, den Juncker-Plan zu verbessern und im Volumen deutlich aufzustocken, damit es zu einem wirksamen Aufbau neuer Industriestrukturen kommt. Sie schlagen vor, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) und der Europäische Investitionsfond (EIF) Anleihen herausgeben, die zu einem Teil von der Europäischen Zentralbank (EZB) aufgekauft werden. Varoufakis und seine Koautoren verstehen ihren Vorschlag als eine Vorstufe zu Eurobonds (EIB und EIF dürfen als einzige Institutionen europäische Anleihen herausgeben), die u.a. in dem oben skizzierten EP-Bericht von 2010 eingefordert werden.<sup>45</sup> Sie gehen davon aus, dass die Beteiligung der EZB die von EIB und EIF ausgegebenen Anleihen vor allem auch für die zuvor genannten Investoren attraktiv machen. Diesen Vorschlag linker Ökonomen und Politiker aufzunehmen, wäre ebenfalls ein sinnvoller linker Beitrag zu einer neuen EU-Industriepolitik.

In den oben skizzierten Dokumenten ist viel die Rede von Wertschöpfungsketten. Aus Kommissions- und Parlamentsperspektive geht es vor allem darum, Wertschöpfungsketten stärker in Blick zu nehmen und sie aus technologie- und arbeitsmarktpolitischen Gründen wieder stärker in den Binnenmarkt zu integrieren, wo sie bis in Drittländer reichen.

Ein zentrales mit den Wertschöpfungsketten verbundenes Problem ist in den industriepolitischen Dokumenten jedoch nicht thematisiert. Die die Wertschöpfungsketten dominierenden Unternehmen konzentrieren sich auf wenige EU-Mitgliedsländer, vor allem auf Deutschland, dessen Industrie, wie schon angemerkt, 30 % der gewerblich-industriellen Produktion in der gesamten EU erzeugt.

---

<sup>45</sup> 2010/2095(INI), Abs. 31, 75

In einem von transform! und der Rosa Luxemburg Stiftung am 27. und 28. April 2015 in Brüssel durchgeführten industriepolitischen Workshop hat der italienische Wissenschaftler Matteo Gaddi in seinem Vortrag auf die besondere Problematik hingewiesen, die sich aus den Wertschöpfungsketten ergibt. Sie liegt darin, dass die in die Wertschöpfungsketten eingebundenen Unternehmen kaum noch eigene Entscheidungsmöglichkeiten haben, sondern weitgehend von dem Unternehmen an der Spitze der jeweiligen Kette gesteuert werden. Damit ist den jeweiligen Regierungen der Mitgliedsländer, in denen die abhängigen Unternehmen einer solchen Kette ihren Standort haben, eine enge Grenze für ihren industriepolitischen Gestaltungsspielraum gesetzt. Ihr Einfluss reicht schlicht nicht bis in die Konzernzentralen der Unternehmen an der Spitze der Wertschöpfungskette.

Da eine Entflechtung dieser weit entwickelten Verflechtung industrieller Strukturen im EU-Binnenmarkt unrealistisch ist, sind Lösungen dieses Problems nur auf EU-Ebene realisierbar. Einen möglichen Ansatz dazu haben Axel Troost (Die Linke) und Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen), beide Mitglieder des deutschen Bundestages und des Instituts Solidarische Moderne, mit ihrem im März 2011 veröffentlichten Vorschlag zu einer Ausgleichsunion<sup>46</sup> implizit mit formuliert. Ihr Vorschlag bezieht sich zwar auf das Problem der Handelsbilanzüberschüsse und -defizite innerhalb der EU. Die hängen aber mit dem hier angesprochenen Problem zusammen. Deshalb könnte ein Lösungsansatz für das hier beschriebenen Problem auf dem Vorschlag von Troost und Paus aufbauen.

Die beiden Dokumente "Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. März 2011" und der "Bericht über die Reindustrialisierung Europas zwecks der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit vom 6. Januar 2014" fordern explizit ein, dass eine integrierte EU-Industriepolitik "menschenwürdige Arbeit"<sup>47</sup> gewährleisten muss.

Mit dem Begriff "menschenwürdige Arbeit" ist einerseits eine Brücke zur "Decent Work Agenda" (also: menschenwürdige Arbeit) der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO, auch ILO)<sup>48</sup> geschlagen und andererseits zu dem gewerkschaftlichen Konzept "Gute Arbeit"<sup>49</sup>. Und auch in linken kirchlichen Organisationen<sup>50</sup> steht dieses Thema seit einigen Jahren auf der Agenda.

Der linke Theologe und Wirtschafts- und Sozialethiker Franz Segbers<sup>51</sup> hat mit seinem im Sommer 2015 erschienen Buch "Ökonomie die dem Leben dient – Die Menschenrechte als Grundlage einer christlichen Wirtschaftsethik"<sup>52</sup> einen umfassenden und zugespitzten

---

46 Axel Troost / Lisa Paus: Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0, März 2011. Quelle (DE, EN, FR): <<http://www.axel-troost.de/article/5211.eine-europaeische-ausgleichsunion-a-8211-die-waehrungsunion-2-0.html?sstr=Eine|Europ%E4ische|Ausgleichsunion|Die|W%E4hrungsunion>>

47 Vgl. das Dreieck "Wettbewerb – menschenwürdige Arbeit – Nachhaltigkeit", das beide Dokumente als Grundlage einer neuen integrierten EU-Industriepolitik benennen. Wettbewerb ist hier nicht mehr das unbedingte und alles dominierende Paradigma der EU-Politik, sondern Wettbewerb steht in diesem Dreieck auf gleicher Ebene mit menschenwürdiger Arbeit und nachhaltigem Wirtschaften. Dadurch erfährt er eine Begrenzung, steht also unter der Bedingung, weder auf Nachhaltigkeit noch auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen eingrenzende Wirkungen auszuüben.

48 Vgl. <<http://www.ilo.org/global/about-the-ilo/decent-work-agenda/lang--en/index.htm>>

49 Vgl. u.a. <<http://index-gute-arbeit.dgb.de/dgb-index-gute-arbeit>>

50 Seit Ende der 1990er Jahre haben der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt auf evangelischer Seite und die Betriebsseelsorge auf katholischer Seite in mehreren europäischen Ländern und deren gemeinsames europäisches Netzwerk ECG dieses Thema ebenfalls auf ihrer Agenda. Einen Überblick darüber gibt der von Jürgen Klute, Herbert Schlender und Sabine Sinagowitz herausgegebene Band: Gute Arbeit / Good Work, Münster, 2004.

51 Franz Segbers war bis 2014 Professor für Sozialethik an der Universität Marburg/Lahn, ist ein exzellenter Marx-Kenner, Mitglied der Partei Die Linke und Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Christen in der Linken in Hessen.

52 Franz Segbers: Ökonomie, die dem Leben dient – Die Menschenrechte als Grundlage einer christlichen

Entwurf zum Thema menschenwürdige Arbeit vorgelegt. In einem linken Kontext mag dieser Titel im ersten Moment etwas ungewöhnlich klingen. Das sollte aber nicht von der Auseinandersetzung mit seinem Denkansatz abhalten. Im Kern seines Ansatzes steht ein auf den Menschenrechten basierendes Verständnis menschlicher Arbeit. Daraus ergibt sich für Segbers ein dreifaches Recht, nämlich das Recht *auf* Arbeit, Rechte *in* der Arbeit und Rechte *aus* der Arbeit.

Das Recht *auf* Arbeit erklärt sich selbst. Mit den Rechten *in* der Arbeit ist gemeint, dass die IAO Kernarbeitsnormen eingehalten werden, dass es menschenwürdige Arbeitsbedingungen gibt und dass es ein Recht auf Streik gibt. Die Rechte *in* der Arbeit umfassen sowohl das, was der dritte EP-Bericht (2013/2006(INI)) mit der Formulierung "Demokratisierung am Arbeitsplatz" beschreibt, als auch die Kernelemente des 1928 von Fritz Naphtli formulierten Konzeptes einer Wirtschaftsdemokratie<sup>53</sup>. Die Rechte *aus* der Arbeit meinen einen angemessenen Lohn sowie soziale Rechte und Absicherungen.

Einen solchen umfassenderen sozial- und wirtschaftsethischen Ansatz mit einzubeziehen in einen linken Ansatz zur Industriepolitik macht deutlich, dass Industrie und Industriepolitik kein Selbstzweck sind, sondern dass es um die Durchsetzung einer nachhaltigen, unter menschenwürdigen und demokratischen Bedingungen erfolgenden Produktion gesellschaftlichen Wohlstands geht, an dem alle partizipieren.

Der Begriff "integrierte Industriepolitik" impliziert, dass es sich bei der Industrie nicht um eine Ansammlung von einzelnen Fabriken und Unternehmen handelt, sondern um ein komplexes System, das auf gesellschaftlicher Arbeitsteilung und auf einer ganzen Palette gesellschaftlich erbrachter Vorleistungen und politisch gesetzter Rahmenbedingungen basiert, um funktionieren zu können. Dementsprechend muss dieses System gesellschaftlich und demokratisch eingebunden, gesteuert und kontrolliert werden. Und dementsprechend muss der produzierte Mehrwert gesellschaftlich und nicht nur individuell angeeignet werden.

Dieser Aspekt scheint zwar hier und da durch in den oben skizzierten industriepolitischen Positionspapieren des Europäischen Parlaments, am deutlichsten im Bericht 2013/2006(INI), spielt aber nicht die Rolle, die er spielen sollte, wenn der neue industriepolitische Ansatz ernsthaft die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit umfassen soll.

## **Bisherige Aktivitäten von transform! und Rosa Luxemburg-Stiftung**

Transform und die Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) haben das Thema einer neuen Industriepolitik seit 2013 mit einer Reihe von Workshops<sup>54</sup> begleitet. An diesen Workshops haben Vertreter\_innen linker Parteien aus EU-Mitgliedsländern, linke Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament und aus Parlamenten verschiedener Mitgliedsländer, Gewerkschafter\_innen sowie Wissenschaftler\_innen teilgenommen.

---

Wirtschaftsethik, Kevelaer / Neukirchen-Vlyn, 2015.

53 Vgl.: Fritz P. Naphtali, Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Erschienen 1928, neuaufgelegt: Hamburg, 1966.

54 Folgende Workshops von transform! und der RLS wurden bisher durchgeführt:

1. Left European Industrial and Economic Policies: New Models of Production and socio-ecological Transformation. For a cooperative European Division of Labour, Brüssel, 4./5.10.2013 (RLS).
2. Left industrial Policy for Europe, Brüssel, 16./17.10.2014 (RLS/transform!).
3. Making the Case for a Left Industrial and Investment Policy for Europe. Towards Europe's Productive Transformation, Paris, 8./9.12.2014 (transform!).
4. Workshop on a progressive European industrial policy, Brüssel, 27./28.04.2015 (RLS/transform!).

Für den Workshop am 27./28. April in Brüssel wurden im Auftrag der Rosa Luxemburg-Stiftung Länderstudien für Bulgarien<sup>55</sup>, Deutschland<sup>56</sup> (Ruhrgebiet), Griechenland<sup>57</sup>, Italien<sup>58</sup>, Kroatien<sup>59</sup>, Polen<sup>60</sup>, Portugal<sup>61</sup> und Slowenien<sup>62</sup> erstellt, um einen genaueren Einblick in die unterschiedlichen Situationen und Bedingungen verschiedener EU-Mitgliedsländer zu gewinnen. Diese Studien waren die Grundlage für den Workshop.

Die bisherigen Workshops haben vor allem zu einer notwendigen grundlegenden Verständigung über das Thema Industriepolitik beigetragen. Es ist wünschenswert, dass die linken Parteien, Stiftungen und Think-Tanks in Europa dieses Thema weiter auf ihrer Agenda behalten und die Diskussionen in eine breitere Öffentlichkeit tragen.

In Sinne einer Ausweitung und Öffnung der Diskussion hat transform! im Oktober 2014 den Report "Project Left Industrial Policy / Productive Transformation for Europe"<sup>63</sup> veröffentlicht.

Auf Initiative des linken Bundestagsabgeordneten, Ökonomen und stellvertretenden Parteivorsitzenden der Linken, Axel Troost, wurde im Februar 2015 das Diskussionspapier "Erneuerung Europas: Für eine gemeinsame sozial-ökologische Industriepolitik in Europa"<sup>64</sup>, das von 41 linken Politikern, Wissenschaftlern und Gewerkschaftern aus verschiedenen EU-Mitgliedsländern unterzeichnet wurde, veröffentlicht.

Schließlich hat transform! im Frühjahr 2015 das Diskussionspapier "Towards Europe's Productive Transformation – an Emergency. For an Alternative Industrial Policy"<sup>65</sup> veröffentlicht.

## Fazit

Kommt dieser neue Ansatz zu einer integrierten EU-Industriepolitik zur Realisierung, dann ist er mit einem rasant sich durchsetzenden weiteren technologischen Fortschritt verbunden. Das ist explizites Ziel der EU-Kommission. Technologischer Fortschritt führt allerdings nicht von selbst zu mehr Arbeitsplätzen. Er führt eben auch zu Rationalisierungen und zu einem Abbau von Arbeitsplätzen. Definiert man Arbeit politisch als die tätige Teilhabe an der Gestaltung einer humanen Gesellschaft, dann kann das Ziel der Linken in Europa nur sein, darum zu kämpfen, dass der absehbare technologische Fortschritt, der im Rahmen einer neuen EU-Industriepolitik generiert wird, in sozialen und ökologischen Fortschritt transformiert wird, der allen zugute kommt und nicht nur von wenigen angeeignet wird.

---

55 Autor: Georgi Medarov

56 Autor: Jürgen Klute

57 Autor: Petros Linardos

58 Autor: Matteo Gaddi

59 Autorengruppe: Katarina Jaklin, Dora Levačić, Igor Livada, Nikolina Rajković

60 Autor: Grzegorz Konat

61 Autorengruppe: Gonçalo Pessa, Samuel Cardoso, Francisco Louçã

62 Autor: Anej Korsika

63 Quelle (EN, DE, FR): <<http://www.transform-network.net/en/publications/publications-2014/news/detail/Publications/left-industrial-policy-productive-transformation-for-europe-1.html>>

64 Quelle (EN, DE, FR, ES, IT): <<http://www.juergen-klute.eu/de/article/961.aufruf-erneuerung-europas-fuer-eine-gemeinsame-sozial-ökologische-industriepolitik-in-europa.html>>

65 Quelle (EN, DE, FR, EL, ES): <<http://www.transform-network.net/en/publications/publications-2015/news/detail/Publications/towards-europes-productive-transformation-an-emergency.html>>